

Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die deutsche Wirtschaft

Umfrage des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft im Juni 2014

- Geschäftsklima in Russland und in der Ukraine stark eingetrübt
- Erhebliche negative Auswirkungen der Ukraine-Krise auf das Geschäft deutscher Unternehmen
- Unternehmen stellen Investitionsvorhaben zurück
- Wirtschaftssanktionen gegen Russland werden kritisch gesehen

Inhalt

I.	Zusammenfassung	3
II.	Die Ukraine-Krise trübt die Erwartungen an die Wirtschaftsentwicklung in Russland und der Ukraine stark ein.....	4
III.	Deutlich negative Auswirkungen auf die Geschäftslage der Unternehmen.....	5
IV.	Unternehmen stellen Investitionen von rund 140 Millionen Euro als Folge der Krise zurück ..	7
V.	Wirtschaftssanktionen werden von Unternehmen skeptisch gesehen	8
VI.	Krisenmanagement der Politik ungenügend, Unternehmen setzen auf Dialog	9

I. Zusammenfassung

Vom 27. Mai bis 18. Juni führte der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft eine Umfrage zu den Auswirkungen der Ukraine-Krise unter deutschen Unternehmen in Russland und der Ukraine durch. Gefragt wurde nach den Einschätzungen zur künftigen Wirtschaftsentwicklung in Russland und der Ukraine, den Investitionsvorhaben deutscher Unternehmen in den Ländern, zu möglichen Wirtschaftssanktionen und nach möglichen Auswegen aus der Krise. Insgesamt **105 Unternehmen** haben sich zu den Fragen geäußert. Für die Auswertung wurde Anonymität zugesichert.

Die Unternehmen, die sich zurückgemeldet haben, beschäftigen in Russland 50.000 Mitarbeiter und erzielen dort einen Umsatz von 20 Milliarden Euro. Bezuglich der Ukraine liegt die Zahl der Beschäftigten bei 17.000 Menschen, bei einem Umsatz von 3,2 Milliarden Euro.

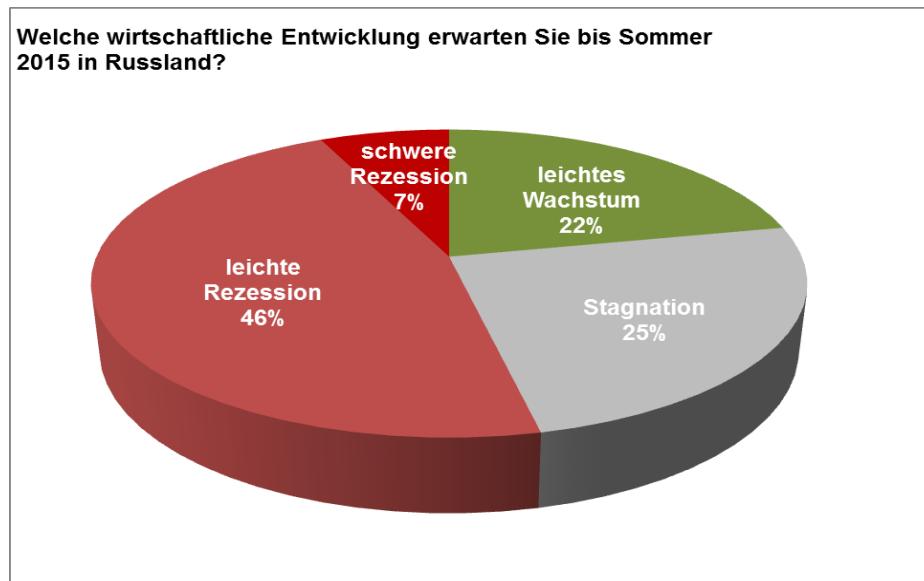
Mit 24 Prozent stammen die meisten beteiligten Unternehmen aus dem Maschinen- und Anlagenbau, gefolgt von Land- und Ernährungswirtschaft (14 Prozent), Bau und Bauwirtschaft (zwölf Prozent), Energie- und Rohstoffwirtschaft (neun Prozent), Beratungsdienstleistern, der Chemischen Industrie und der Automobilindustrie mit jeweils sieben Prozent.

Die Ergebnisse im Überblick:

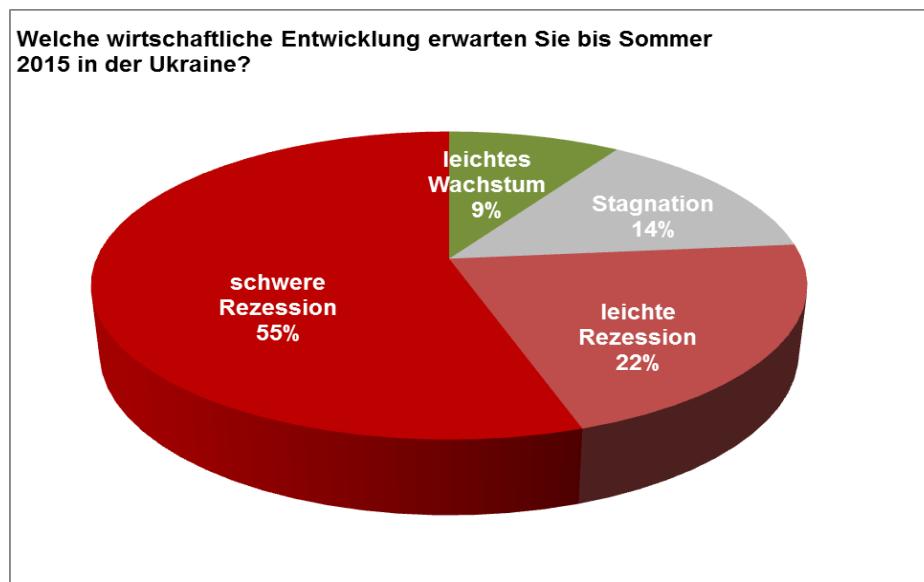
1. Die Stimmung unter deutschen Unternehmen in Russland hat sich im Vergleich zum Jahresanfang noch einmal deutlich verschlechtert.
2. 53 Prozent der Unternehmen erwarten eine Rezession in Russland, 77 Prozent eine Rezession in der Ukraine.
3. Die befragten Unternehmen haben bereits Investitionen in Höhe von 140 Millionen Euro als Folge der Krise zurückgestellt.
4. Die deutsche Wirtschaft sieht mögliche Wirtschaftssanktionen außerordentlich skeptisch.
5. Die Unternehmen hoffen auf einen Dialog der ukrainischen Regierung mit der russischstämmigen Bevölkerung und wünschen sich Gespräche der EU mit Russland über einen gemeinsamen Wirtschaftsraum.

II. Die Ukraine-Krise trübt die Erwartungen an die Wirtschaftsentwicklung in Russland und der Ukraine stark ein.

Das Geschäftsklima in Russland hat sich im Vergleich zu einer Umfrage aus dem Januar 2014 noch weiter verschlechtert. Damals gingen noch 36 Prozent der befragten Unternehmen von einer zumindest leicht positiven Entwicklung der russischen Wirtschaft im laufenden Jahr aus. Diese Zahl ist in der aktuellen Umfrage auf nur noch 22 Prozent gesunken. Im Januar 2014 befürchteten lediglich 14 Prozent der Befragten eine Rezession in Russland. Dieser Wert ist auf 53 Prozent hochgeschnellt. Weitere 25 Prozent erwarten zudem eine Stagnation.

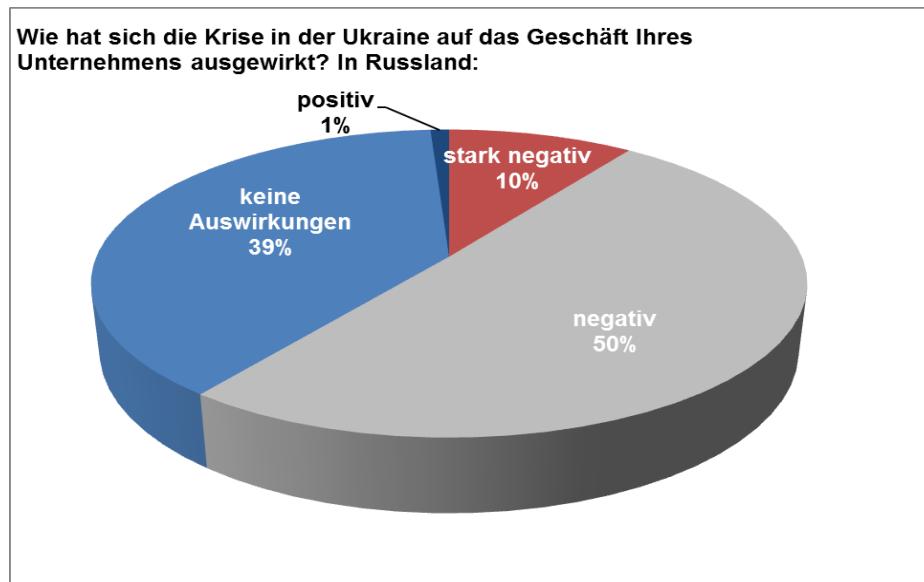


Noch negativer sehen die Unternehmen die Wirtschaftslage in der Ukraine. Hier erwarten aktuell 55 Prozent der von uns befragten Unternehmen in den kommenden zwölf Monaten eine schwere Rezession. Weitere 22 Prozent sehen zumindest eine leichte Rezession voraus. Nur neun Prozent der Unternehmen erwarten leichtes Wachstum in der Ukraine.

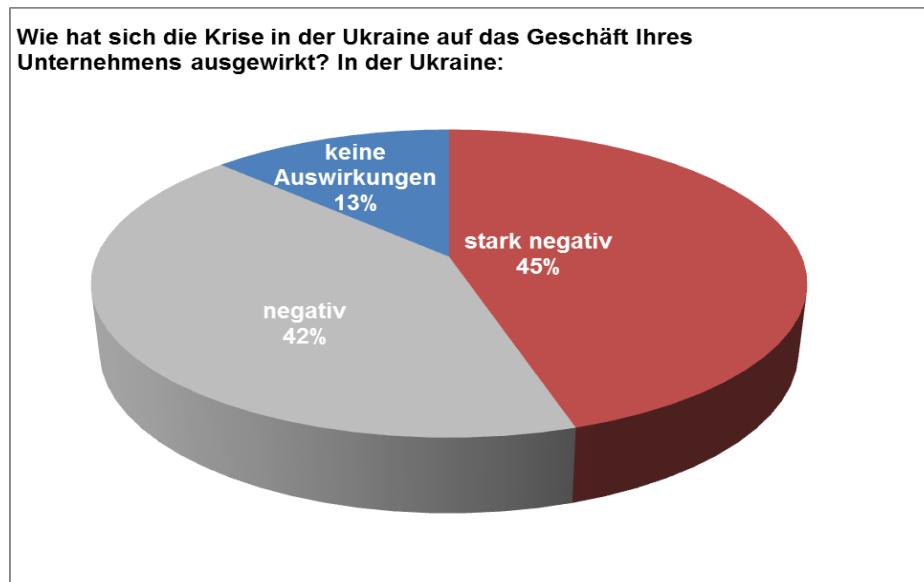


III. Deutlich negative Auswirkungen auf die Geschäftslage der Unternehmen.

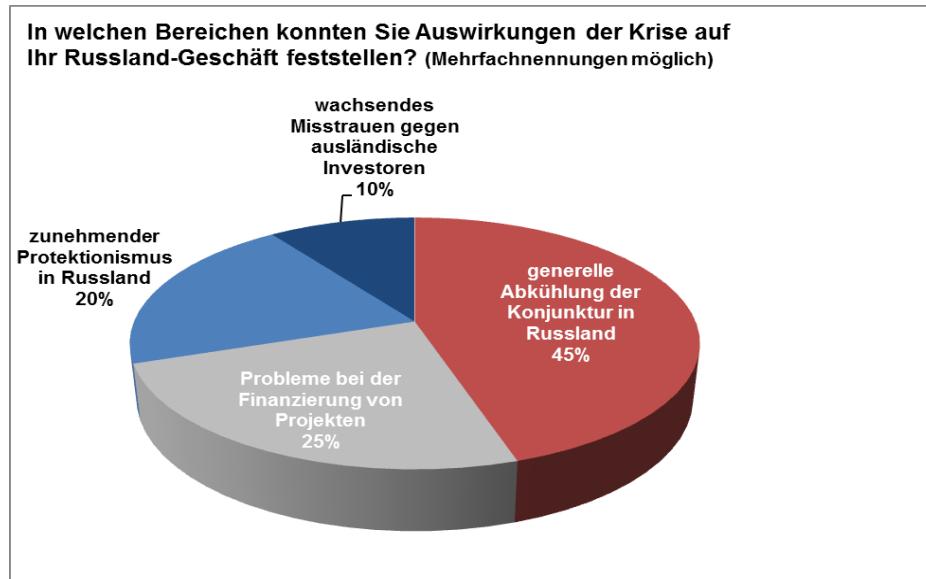
Die deutschen Unternehmen in Russland spüren mehrheitlich bereits heute negative Auswirkungen der Ukraine-Krise auf das eigene Geschäft. 50 Prozent der befragten Unternehmen haben negative, weitere zehn Prozent der Unternehmen sogar stark negative Auswirkungen der Krise auf das eigene Geschäft in Russland feststellen können.



In der Ukraine wiederum ist die Lage noch dramatischer: Rund 87 Prozent der Unternehmen beobachten hier negative Auswirkungen der Krise auf ihr Geschäft, mehr als die Hälfte von diesen sogar stark negative Auswirkungen. Nur 13 Prozent der befragten Unternehmen in der Ukraine haben bislang keine Auswirkungen der Krise auf das eigene Geschäft feststellen können.



Neben der generellen Abkühlung der Konjunktur in Russland (45 Prozent) beklagen die Unternehmen vor allem Probleme bei der Finanzierung von Projekten (25 Prozent), zunehmenden Protektionismus (20 Prozent) und ein wachsendes Misstrauen gegenüber ausländischen Investoren (10 Prozent).



Auch in der Ukraine haben die Unternehmen Probleme bei der Finanzierung von Projekten (27 Prozent). Weitere 39 Prozent beklagen die schlechte aktuelle Auftragslage. Neben der sinkenden Kaufkraft der Bevölkerung (24 Prozent) haben die Unternehmen auch mit Zulieferproblemen in der Ukraine zu kämpfen (zehn Prozent).



IV. Unternehmen stellen Investitionen von rund 140 Millionen Euro als Folge der Krise zurück

In der Frühjahrsumfrage 2014 hatten wir die Unternehmen nach Ihren Investitionsplänen für Russland gefragt. 39 Prozent sagten damals, sie planten im laufenden Jahr neue Investitionen.

In der jetzigen Umfrage geben 22 Prozent der befragten Unternehmen an, sie hätten aufgrund der Krise Investitionen zurückgestellt. Das wäre, gemessen an der Frühjahrsumfrage, mehr als jedes zweite Unternehmen. Insgesamt, so hat unsere Umfrage ergeben, wurden von den befragten deutschen Unternehmen bereits geplante Investitionen im Wert von 83 Millionen Euro in Russland Aufgrund der Krise zurückgestellt.

Für die Ukraine liegt der Wert der geplanten, dann aber zurückgestellten Investitionen in der Umfrage bei 55 Millionen Euro. Hier sagen 28 Prozent der Unternehmen, sie hätten geplante Investitionen wegen der Krise zurückgestellt.

Es muss insgesamt davon ausgegangen werden, dass sich die Gesamtsumme der zurückgestellten internationalen Investitionen in Russland und der Ukraine im Milliarden-Bereich bewegt.

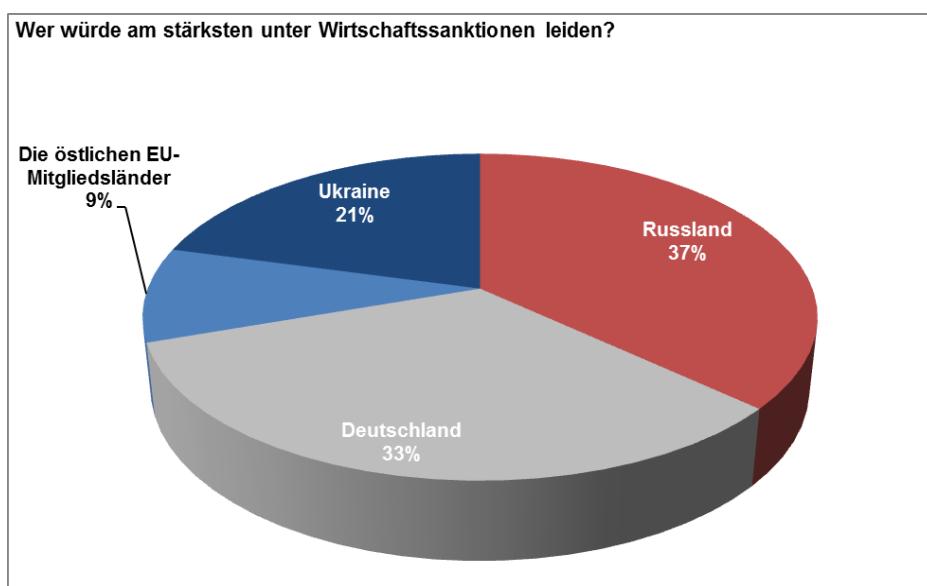


V. Wirtschaftssanktionen werden von Unternehmen äußerst skeptisch gesehen.

Den Einsatz von Wirtschaftssanktionen gegen Russland sehen die Unternehmen sehr skeptisch: 44 Prozent, und damit fast die Hälfte der Befragten, hält Wirtschaftssanktionen für ein völlig ungeeignetes Mittel in der Auseinandersetzung mit Russland. 47 Prozent sehen Wirtschaftssanktionen als allerletztes Mittel an, um Druck auf Russland ausüben zu können. Nur neun Prozent sehen in Wirtschaftssanktionen eine angemessene Reaktion auf das russische Vorgehen auf der Krim.



Unter den Auswirkungen hätten nach Meinung der Unternehmen vor allem Russland (37 Prozent) und Deutschland (33 Prozent) zu leiden. Aber auch die Ukraine (21 Prozent) und die östlichen EU-Mitgliedsländer (neun Prozent) wären von möglichen Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland betroffen.



VI. Krisenmanagement der Politik wird kritisch bewertet, Unternehmen setzen auf Dialog.

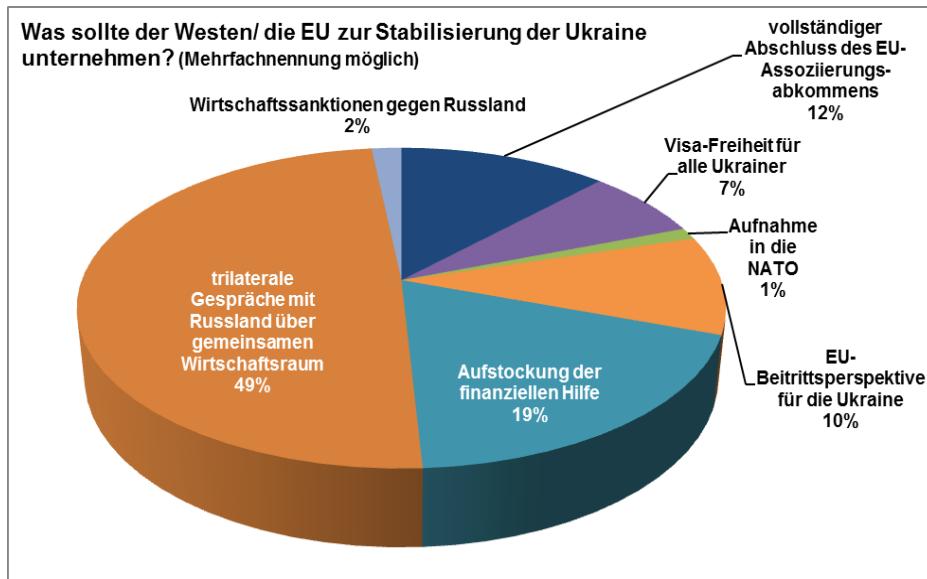
Wir haben die Unternehmen um ihre Einschätzung des Krisenmanagements der Regierungen Russlands, der Ukraine, der USA, der EU-Kommission und der Bundesregierung gebeten. Die Einschätzung sollte nach Schulnoten erfolgen (1=sehr gut, 6=ungenügend). Insgesamt erhielt nur die deutsche Bundesregierung mit 3,5 ein knappes befriedigend. Das Krisenmanagement der übrigen Regierungen wurde von den Unternehmen als gerade noch ausreichend eingeschätzt: Die EU (4,1), Russland (4,2) und die USA (4,4) erhalten schlechte Noten. Am schlechtesten wird die ukrainische Regierung bewertet (4,7).

Deutschland	3,5
EU	4,1
Russland	4,2
USA	4,4
Ukraine	4,7

Von dem neu gewählten Präsidenten der Ukraine Petro Poroschenko erwarten die Unternehmen vor allem einen verstärkten Dialog mit der russischsprachigen Bevölkerung des Landes (35 Prozent). Aber auch die Stärkung des Rechtssystems in der Ukraine und die Bekämpfung der Korruption gehören mit 26 Prozent zu den prioritären Aufgaben. 18 Prozent der Unternehmen erwarten neben der politischen auch eine wirtschaftliche Verständigung mit Russland, weitere elf Prozent fordern baldige Parlamentswahlen in der Ukraine. Nur zwei Prozent der befragten Unternehmen finden, dass die Ukraine eine NATO-Mitgliedschaft anstreben sollte.



Auch von der Europäischen Union und den westlichen Ländern erwarten die deutschen Unternehmen klare Schritte zur Stabilisierung der Lage in der Ukraine und setzen auch hier auf einen umfassenden Dialog mit Russland. Trilaterale Gespräche der EU mit Russland und der Ukraine über einen gemeinsamen Wirtschaftsraum fordert rund die Hälfte der befragten Unternehmen. Eine EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine wird von rund 22 Prozent der Unternehmen befürwortet. 19 Prozent der Unternehmen finden eine Aufstockung der finanziellen Hilfe für die Ukraine wichtig, sieben Prozent erwarten die schnelle Einführung visafreies Reisen für Ukrainer in die EU. Nur drei Prozent der Unternehmen setzen auf Konflikt und fordern Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland sowie eine Aufnahme der Ukraine in die NATO.



Unser Profil

Seit 1952 vertritt der Ost-Ausschuss die Interessen der deutschen Wirtschaft im östlichen Europa. Aktuell werden 21 Länder betreut: Russland, Belarus, die Ukraine, Moldau, die EU-Länder Rumänien, Bulgarien und Kroatien, die EU-Beitrittskandidaten Albanien, Mazedonien, Montenegro und Serbien sowie Bosnien-Herzegowina, Kosovo und die Länder des Südkaukasus und Zentralasiens. Der Ost-Ausschuss ist jährlich an über 100 Veranstaltungen beteiligt. Er richtet in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung Gesprächsrunden zwischen osteuropäischen Regierungsmitgliedern und deutschen Unternehmen aus und repräsentiert die Interessen der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien. Der Ost-Ausschuss organisiert zudem Fachseminare, Delegationsreisen, Mittelstandskonferenzen, Parlamentarische Abende und Empfänge und beteiligt sich an internationalen Messen.

Unsere Ziele

- Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit Russland, dem östlichen Europa und Zentralasien.
- Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen, Verbesserung der Rechtssicherheit, Förderung des Mittelstands und Abbau von Zoll- und Visaschranken.
- Flankierung von Projekten deutscher Unternehmen
- Beteiligung an aktuellen Debatten, Vertretung der Mitglieder und ihrer Anliegen in der Öffentlichkeit

Unsere Angebote

- Netz an Kontakten zu Regierungsstellen und Wirtschaftsvertretungen
- Interessenvertretung in bilateralen Gremien und Gesprächsrunden
- Delegationsreisen, Konferenzen, Fachgespräche und Empfänge
- Positionspapiere und aktuelle Pressestatements
- Länder- und themenspezifische Arbeitskreise
- Magazin „Ost-Ausschuss Informationen“ und weitere Fachpublikationen

Im Ost-Ausschuss bestehen folgende Länder- und Arbeitskreise:

- Belarus
- Russland
- Südkaukasische Republiken
- Südosteuropa
- Ukraine
- Zentralasien
- Gesundheitswirtschaft
- Rohstoffkooperationen
- Informationstechnologie/Telekommunikation
- Fußball-WM 2018